



EUROPÄISCHE ZENTRALBANK

PRESSEKONFERENZ
DONNERSTAG, 9. JANUAR 2003
EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Vizepräsident und ich möchten Sie über die Ergebnisse der heutigen Sitzung des EZB-Rats informieren, an der auch der Präsident des ECOFIN-Rats, Herr Christodoulakis, sowie Kommissar Solbes teilgenommen haben.

Wir haben die monetären, finanziellen und wirtschaftlichen Entwicklungen analysiert und unsere Einschätzung anhand der neu verfügbaren Informationen aktualisiert. Insgesamt haben sich die Aussichten für die Preisstabilität auf mittlere Sicht unserer Einschätzung nach seit unserem Beschluss vom 5. Dezember, die EZB-Leitzinsen zu senken, nicht verändert. Wir betrachten den aktuellen geldpolitischen Kurs als angemessen, um einen günstigen Ausblick für die Preisstabilität auf mittlere Sicht aufrechtzuerhalten. Daher haben wir beschlossen, die Zinssätze unverändert zu belassen.

Was die Analyse im Rahmen der ersten Säule der geldpolitischen Strategie der EZB betrifft, so belief sich der Dreimonatsdurchschnitt der Jahreswachstumsraten der Geldmenge M3 im Zeitraum von September bis November 2002 auf 7,1 % und war damit unverändert gegenüber der Zeit von August bis Oktober 2002. Das starke Geldmengenwachstum wird nach wie vor von der hohen Präferenz der Anleger für liquide und sichere Anlageformen vor dem Hintergrund der anhaltenden Unsicherheit an den Finanzmärkten und in der Wirtschaft, sowie der geopolitischen Spannungen getragen. Ferner sind monetäre Anlageformen aufgrund des niedrigen Zinsniveaus im Euro-Währungsgebiet relativ attraktiv.

Infolge des Geldmengenwachstums ist im Euroraum reichlich Liquidität vorhanden. Angesichts der Tatsache, dass die wegen der Unsicherheit in der Wirtschaft und an den Finanzmärkten

vorgenommenen Portfolioumschichtungen ein vorübergehendes Phänomen sein dürften, sowie angesichts des verhaltenen Wirtschaftswachstums ist es jedoch unwahrscheinlich, dass dieser Liquiditätsüberschuss zu inflationären Spannungen führen wird. Der bis November 2002 fortgesetzte Rückgang des Wachstums der Buchkreditvergabe an den privaten Sektor untermauert diese Einschätzung.

Was die zweite Säule betrifft, so blieben die Konjunkturaussichten für das Euro-Währungsgebiet weitgehend unverändert. Kürzlich veröffentlichte Umfrageergebnisse deuten darauf hin, dass das Wirtschaftswachstum auch Ende 2002 verhalten blieb. Für das laufende Jahr wird weiterhin davon ausgegangen, dass die Wachstumsrate des realen BIP langsam ansteigen und im späteren Jahresverlauf nahe am Potenzialwachstum liegen wird. Voraussetzung hierfür ist jedoch, dass der Einfluss der Faktoren, die zur derzeitigen allgemeinen Unsicherheit beitragen, langsam nachlässt. Wenngleich an den Finanzmärkten in den letzten Monaten eine gewisse Stabilisierung zu beobachten war, stehen die Anleger weiterhin unter dem Eindruck eines hohen Grades an Unsicherheit. Gleichzeitig bestehen immer noch Risiken im Hinblick auf eine ungeordnete Korrektur der in der Vergangenheit aufgebauten gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichte, vor allem außerhalb des Euroraums. Darüber hinaus beeinflussen geopolitische Spannungen das Vertrauen weiter negativ. Tatsächlich spiegelt der Anstieg der Ölpreise in den vergangenen Wochen - neben den Auswirkungen zeitweiliger Angebotsverknappungen - die Gefahr in Zukunft stärkerer Spannungen an den Ölmärkten wider. Diese wiederum hätten negative Folgen für die Konjunkturperspektiven weltweit. Es bestehen also immer noch Risiken für die Wirtschaftsaussichten im Euro-Währungsgebiet, wenngleich der derzeitige niedrige Stand der Zinsen dazu beitragen dürfte, diese auszugleichen.

Was die Preisentwicklung betrifft, so lag die jährliche Teuerung gemessen am HVPI der Vorausschätzung von Eurostat zufolge im Dezember 2002 wie schon im Vormonat bei 2,2 %. Aufgrund der gestiegenen Ölpreise dürfte um die Jahreswende erneut ein gewisser Aufwärtsdruck auf die Verbraucherpreise entstanden sein, der durch die Effekte verschiedener Erhöhungen der indirekten Steuern und administrierten Preise, die zu Beginn dieses Jahres wirksam wurden, möglicherweise noch verstärkt worden ist. Gleichzeitig werden Basiseffekte – vor allem im Zusammenhang mit den Preisen für unverarbeitete Nahrungsmittel, aber zum Teil auch aufgrund des zurückliegenden Anstiegs der Dienstleistungspreise – dazu beitragen, dass die jährliche Teuerung nach dem HVPI Anfang des laufenden Jahres zurückgeht. Darüber hinaus dürften die direkten Auswirkungen der jüngsten Euro-Aufwertung auf die Einfuhrpreise und ihr allmähliches Durchwirken auf die Volkswirtschaft des Euroraums zu einer Dämpfung der Verbraucherpreissteigerung beitragen. Das derzeit schwache Wirtschaftswachstum sollte ebenfalls den Inflationsdruck eindämmen. Zwar ist eine kurzfristige Vorhersage zum jetzigen Zeitpunkt

wegen der erheblichen Risiken im Zusammenhang mit der Ölpreisentwicklung schwierig zu treffen, aller Wahrscheinlichkeit nach jedoch wird sich die Inflation im Jahresverlauf 2003 auf einem Niveau unterhalb von 2 % stabilisieren.

Eine wichtige Voraussetzung dafür, dass diese Aussichten für die Preisentwicklung eintreten, ist eine moderate Lohnentwicklung. Das Lohnwachstum hatte ungeachtet der Konjunkturabschwächung seinen Aufwärtstrend bis Anfang 2002 fortgesetzt, worin sich die am Arbeitsmarkt im Euroraum vorhandenen Verkrustungen widerspiegeln. Es ist noch nicht klar, ob dieser Trend gebrochen ist. Lohnzurückhaltung ist für den Erhalt von Preisstabilität entscheidend. Sie würde darüber hinaus helfen, die Wachstumsperspektiven für Wirtschaft und Beschäftigung zu verbessern.

Ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Wachstumsaussichten im Euro-Währungsgebiet sollte auch von der Finanz- und Strukturpolitik ausgehen. In diesen Politikfeldern sind entschlossene Reformanstrengungen erforderlich, damit die Anreize für Investitionen und zur Schaffung von Arbeitsplätzen im Eurogebiet verstärkt werden.

Was die Finanzpolitik angeht, so haben sich die Länder mit noch bestehenden Haushaltsungleichgewichten dazu verpflichtet, Konsolidierungsvorhaben auf den Weg zu bringen, um das mittelfristige Ziel eines nahezu ausgeglichenen oder einen Überschuss aufweisenden Haushalts zu erreichen. Als Teil dieses Prozesses sollten die Regierungen sich darauf konzentrieren, eine wachstumsorientierte Konsolidierungspolitik zu verfolgen, die die produktiven Kräfte der Volkswirtschaft stärkt. Derartige Maßnahmen dürften immer dann am wirksamsten greifen, wenn sie in eine umfassende, auf struktureller Ausgabenreduzierung basierende Reformstrategie eingebettet sind.

Der im EG-Vertrag und im Stabilitäts- und Wachstumspakt verankerte fiskalische Handlungsrahmen liefert eine solide Basis dafür, das Risiko eines Auftretens nicht ausgeglichener Haushalte in Grenzen halten zu können. Gleichzeitig bietet er der Finanzpolitik eine angemessene mittelfristige Orientierung, die in realistischen Annahmen über die wirtschaftlichen Entwicklungen begründet ist. Der EZB-Rat unterstützt die von der Kommission unternommenen Schritte zur Wahrung der Funktionsfähigkeit dieses Ordnungsrahmens, zu denen, wenn nötig, die Einleitung von Verfahren bei einem übermäßigen Defizit oder das Aussprechen von Frühwarnungen gehören.

Im Hinblick auf die Strukturreformen gilt es für die Regierungen, ihre Anstrengungen zu verstärken, das Potenzial des Euro-Währungsgebiets für inflationsfreies Wachstum auszuweiten und die hohe Arbeitslosigkeit zu verringern. Der Bedarf, auf diesem Gebiet weitere Fortschritte zu

erzielen, ist angesichts einer Phase, in der die Wirtschaft des Euroraums sich an eine Reihe negativer Schocks anpassen muss, besonders augenfällig. Tatsächlich könnten solche Reformen, die darauf zielen sollten, Rigiditäten an den Güter- und Arbeitsmärkten abzubauen, die Widerstandfähigkeit der Konjunktur gegenüber solchen Schocks sowohl im Euro-Währungsgebiet insgesamt als auch in den einzelnen Regionen deutlich erhöhen. Ein erneutes deutliches Fortschreiten der Strukturreformen wird wichtig sein, um das Vertrauen der Verbraucher und Anleger hinsichtlich der langfristigen Wachstums- und Beschäftigungsaussichten im Euroraum zu stärken. Dies wiederum dürfte sich auf kurze und mittlere Sicht auch positiv auf die Ausgabe- und Investitionsentscheidungen auswirken.

Wir sind nun gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

Europäische Zentralbank
Abteilung Presse und Information
Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main
Tel.: +49 (69) 13 44-7455 • Fax: +49 (69) 1344-7404
Internet: <http://www.ecb.int>
Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.